Der Landrat

Kreis Gütersloh
weltgewandt & bodenständig

Beratungsergebnis

der 35. Sitzung des Kreisausschusses
am Montag, dem 17.02.2025

Tagesordnungspunkt:

Öffentliche Sitzung

5. Verabschiedung des Haushaltes und der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2025 mit Stellenplan

5.11 Begrenzung des Zuschussbedarfs in der mittelfristigen Ergebnisplanung des Produktbereichs Gesundheitsdienste
- Antrag der SPD-Fraktion vom 14.01.2025 - DS-Nr.: 6339 -
- Antrag der SPD-Fraktion vom 17.02.2025 - DS-Nr.: 6339/1 -

Die SPD-Fraktion trug vor, dass sie mit ihrem eingebrachten Resolutionsantrag *(Anmerkung der Verwaltung: DS-Nr. 6339/1)* auf die Äußerungen des Kämmerers im Ausschuss für Wirtschaft, Digitalisierung, Finanzen und Rechnungsprüfung reagiere. Es könne nicht sein, dass die kommunale Familie nach Auslaufen des Förderzeitraums im Jahr 2026 komplett auf den Kosten hängen bleibe. Angesichts der Gesamtfinanzlage werde man sicherlich einen langen Atem benötigen, weshalb man die Thematik bereits jetzt angehen müsse. Darüber hinaus ließ sie wissen, dass sie den Vorschlag des Kämmerers mittrage, den im Haushaltsplan vorgesehenen Ansatz zu belassen.

Die GRÜNE-Fraktion beantragte, den Resolutionsantrag in die nächste Sitzung des Ausschusses für Gesundheit am 26.03.2025 zu verweisen. Die Angelegenheit sei nicht dringlich und solle zunächst fachlich beraten werden. Im Übrigen habe sie sich dazu noch nicht fraktionsintern austauschen können.

Die Verwaltung erkundigte sich, ob der bisherige Antrag *(Anmerkung der Verwaltung: DS-Nr. 6339)* damit zurückgezogen sei. Die SPD-Fraktion bejahte dies. Ferner wandte sie ein, dass sie weder einen Grund sehe die Angelegenheit zu vertagen, noch diese im Ausschuss für Gesundheit zu beraten. Es gehe darum, ob das ab 2027 bestehende Finanzierungsdefizit von 3 Mio. € künftig von der kommunalen Familie getragen werden solle oder Bund und Land verdeutliche, dass, wenn die Arbeit weiterhin so gut erbracht werden solle, diese für die Finanzierung aufkommen müssten. In erster Linie gehe es also um Geld und nicht um die inhaltliche Arbeit im Gesundheitsamt. Man trage auch eine Verantwortung für die finanzielle Lage der kreisangehörigen Städte und Gemeinden. Sofern man mit der Bundes- und Landesebene ins Gespräch kommen wolle, müsse dies sehr zeitnah erfolgen.

Die CDU-Fraktion erklärte, dass sie sich dem Antrag der GRÜNE-Fraktion anschließe. Da die Resolution erst heute eingegangen sei, habe man noch keine Möglichkeit gehabt, darüber fraktionsintern zu beraten.

Der Landrat hielt fest, dass die SPD-Fraktion ihren Antrag unter der DS-Nr. 6339 zurückgezogen habe und ließ sodann darüber abstimmen, den Resolutionsantrag der SPD-Fraktion zur Beratung in den Ausschuss für Gesundheit zu verweisen. Der Kreisausschuss stimmte dem bei 12 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen zu.

Ergebnis: Verwiesen